

**Kundgebung**  
**"Tag gegen Genozid und Vertreibung"**  
**07. Oktober 2025**  
**Rotebühlplatz Stuttgart**  
**Prof. em. Dr. Fanny-Michaela Reisin**



*Auf unsere Bitte hin, sind in der schriftlichen Fassung der Rede, wichtige Passagen zur Mittäterschaft der deutschen Regierung am Gaza-Genozid verblieben, die auf der Kundgebung zwecks Einhaltung der vorgegebenen Redezeit, weggelassen worden waren.*

*Einleitung vorab:*

Attia Rajab, der Leiter der oben genannten Veranstaltung sah sich zur folgenden Einleitung veranlasst:

*"Für uns Palästinenser bleibt es bitter hierzulande. Da stehen wir morgens auf und lesen in der Stuttgarter Zeitung, dass unsere heutige Veranstaltung hier anti-semitisch sei.*

*Mit solchen unqualifizierten Vor-Urteilen und Verurteilungen von Seiten des deutschen Staats, verstärkt durch die Medien, müssen wir uns tagtäglich auseinandersetzen."*

Attia Rajab weiß, wovon er spricht.

Der aus Gaza stammende Palästinenser ist inzwischen durch und durch arrivierter Stuttgarter. Als Bauingenieur und Steuerzahler trägt er über nunmehr Jahrzehnte zum Wohlstand der Stadt bei. Bedeutsamer ist jedoch, dass er Stadt-weit, ob seines vielseitigen Engagements zum gedeihlichen sozialen und kulturellen Miteinanders bekannt und hochgeschätzt ist.

Das hindert die hiesige Lokalpresse nicht daran, die Sache der Palästinenser und damit auch ihn in falsch verstandener Freundschaft zu Israel fortwährend schlecht zu reden.

Die abermals unlautere Diffamierung der Veranstaltung des Palästina-Komitees Stuttgart (PAKOS) durch das Lokalblatt, "Stuttgarter Zeitung", auf der ich eine kleine Ansprache zu halten eingeladen war, veranlasste mich zu der folgenden Bemerkung vorab:

**Ad-hoc Einlassung vor der Ansprache**

**Fanny-Michaela Reisin**

Die Journalist\_innen der Stuttgarter Zeitung, die uns, die wir heute hier versammelt sind, des Anti-Semitismus bezichtigen, sind sehr sicher noch nie auf einer PAKOS-Veranstaltung gewesen.

Anderenfalls wüssten sie genau, dass hier nicht der Anflug von Anti-Semitismus zu spüren ist.

Im Gegenteil, auf allen PAKOS-Veranstaltungen und auch im monatlichen Newsletter wird Anti-Semitismus und mithin *jede* Form von Rassismus in Deutschland und anderswo gegeißelt!

So gesehen, *belügt die Redaktion* ihre Leserschaft. Vermutlich willentlich. Das ist unlauterer Journalismus.

Falls hier Teilnehmende sind, die das Lokalblatt der Stadt lesen, rufe ich Sie auf, Leserbriefe an ihre Zeitung zu schicken und Richtigstellung zu verlangen!

*Auf allen Palästina-solidarischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen, denen ich als Jüdin beiwohnte, fühle ich mich nicht nur sicher, sondern vor Anwürfen etwa deutscher Nationalisten und Faschisten sogar geschützt.*

*Auf allen PAKOS-Veranstaltungen etwa zum Jahrestag der seit 1948 fortwährenden Nakba oder des 7. Oktober seit 2024 wurde ich warmherzig aufgenommen. Nie erfuhr ich auch nur die leiseste Auflage oder Einschränkung meiner Redefreiheit..*

Ich wünschte, es könnten Palästinenser\_innen aus Gaza, aus den besetzten Gebieten oder auch

aus Israel auf den pro-israelischen Veranstaltungen hierzulande und anderswo auch auf zentraler Bühne stehen – wie ich hier – und öffentlich ihre getöteten, versehrten oder vertriebenen Verwandten betrauern, wozu ich zum ersten Jahrestag des 7. Oktober 2023 im vergangenen Jahr und auch heute ausdrücklich eingeladen wurde.

Der blanke Hass, der den Palästinensern in Israel aber eben auch hier in Deutschland von den vermeintlichen Freunden und Freundinnen des exklusiv jüdischen Nationalstaats erfahren, lässt eine solche Geste nicht zu. Dabei käme es im Hinblick auf eine langfristig unabwendbar gemeinsame Zukunft auf dem Territorium Palästinas, darauf an zu lernen,

*sich wechselseitig die Wunden zu zeigen, entschlossen, gemeinsam das Elend zu überwinden und lebenswerte Lösungen für alle Menschen vor Ort zu finden.*

Allein von palästinensischer Seite können wir hier in Stuttgart und anderswo im Lande seit Jahr und Tag die ausdrückliche Demonstration der Einsicht erleben, dass kein Weg an einer gemeinsamen Zukunft in Palästina vorbeiführt. Ich gehöre gerne zur zunehmend wachsenden widerständigen Minderheit der jüdischen Minderheit im Lande, die bei solchen Demonstrationen gern Gesicht zeigt.

**Ansprache**  
**Prof. em. Dr. Fanny-Michaela Reisin**  
**07. Oktober 2025**  
**"Tag gegen Genozid und Vertreibung"**  
**Rotebühlplatz Stuttgart**

Heute gedenke ich zum zweiten Mal hier in Stuttgart mit Ihnen und Euch der mir familiär und freundschaftlich nahen und vertrauten Menschen, die am 07. Oktober 2023 und den Wochen kurz danach auf beiden Seiten der von Israel um Gaza errichteten Mauer zu Tode oder Schaden kamen.

Um jeglichen Eindruck einer auch nur annähernden Symmetrie zwischen beiden Seiten von vornherein zu zerstreuen:

Für die Menschen auf der Gaza-Seite ist die Mauer – zu Recht auch "Apartheid-Mauer" genannt – seit ihrer Errichtung 2006 ein Höllenwerk, das sie dazu verdammt, "Häftlinge" eines unentrinnbaren Freiluftgefängnisses zu sein.

Der israelischen Seite galt sie in den vergangenen 17 Jahren wie es heißt, als "*sicherer* Schutz".

Vermeintlich nur wie wir seit dem 7.10. wissen. Es kann nämlich kein Staat – selbst wenn militärische Stärke und Siedeln seine wichtigsten Tugenden sind –, dauerhaft die Sicherheit eines begünstigten Teils der Bevölkerung seines Hoheitsgebiets durch das Verbrechen der Absperrung und Belagerung der ursprünglich einheimischen, gleichwohl unerwünschten einheimischen Bevölkerung hinter einer eigens zu diesem Zwecke errichteten Mauer garantieren.

Keine Mauer der Menschheitsgeschichte hielt dem Freiheitsdruck der Eingesperreten und Ausgegrenzten dauerhaft stand!

Die Trauer, die ich heute mit Ihnen und Euch hier teile, folgt indes nicht der Asymmetrie der beiden Seiten. Ich empfinde sie entsprechend meiner innigen Beziehung zu jedem und jeder Einzelnen der Toten, Versehrten, Verschleppten und Vertriebenen ganz gleich auf welcher Seite. –

Ich habe im *Kibbutz Beeri* meine teure Freundin und Mitstreiterin, Vivian Silver für immer verloren, die alle Zeit, die sie hatte, in Israel der Sache der Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung für das palästinensische Volk widmete.

In *Gaza-Stadt* habe ich, die mir seit 2006, also fast 20 Jahren nahe und lieb gewesenen Fuad und Nidal verloren. Sie wussten keinen anderen Ausweg, als ihren beiden, Zwillingssöhnen, die zusammen von einer Bombe erwischt worden waren, in den Tod zu folgen. Sie weigerten sich *Gaza-Stadt* zu verlassen, um im südlichen Rafach Schutz zu suchen.

Zwei meiner Verwandten im *Kibbutz Beeri* wurden aus ihren Betten noch im Pijama nach Gaza verschleppt. Sie sind am Leben. Kamen inzwischen frei. Sie, ihre erwachsenen Kinder sowie fünf weitere Verwandte verloren ihr Zuhause und leben traumatisiert an anderen Orten Israels.

Nichts im Vergleich zu nahezu allen Menschen in Gaza, die bis heute fernab von jeder Versorgung sind, und wohl nur Trümmern vorfinden werden, wenn der Zerstörungswut der israelischen Besatzungsarmee einmal ein Ende gesetzt sein wird!

Ausdrücklich berichten will ich vom Los meines langjährigen Mitstreiters in Sachen "universelle Menschenrechte", Dr. Raji Sourani. Der Rechtsanwalt und Völkerrechtsexperte aus *Gaza-Stadt*, dem ich seit 1995 verbunden bin, konnte sich zwar retten. Das von ihm 1995 gegründete "*Palestinian Center for Human Rights*" (*PCHR*), das er nun über 30 Jahre, mit einem großen Team an allen wichtigen Brennpunkten des Gaza-Streifens leitete, existiert nicht mehr.

Sein politisches Zuhause, das ehemals im Herzen von *Gaza-Stadt* für alle Rat-Suchenden sowie menschenrechts-politisch Interessierten offen war, ist ebenso wie die Niederlassungen in Rafach und Khan Junis samt allen, über *Jahrzehnte* aufgebauten Archiven und unersetzlichen historischen Dokumenten, Schutt und Asche!

Teure Mitarbeitende des PCHR-Teams verschwanden samt ihren Familien unter den Knochentrümmern von Jabalia und anderenorts.

Es kommt einem Wunder gleich, dass das Zentrum als virtuelles Netz zwischen den in Gaza gebliebenen noch lebenden und global verteilten Mitarbeitenden nach wie vor eine Art „Human Rights Watch“ vor Ort ist. Es bezeugt den Genozid in Gaza authentisch und informiert die internationale Völkergemeinschaft, wie eh und je, mit sachkundigen Dossiers und wöchentlichen Newslettern über die Vergehen Israels gegen Mensch und Natur auf dem Landstreifen.

Wichtige Zeugnisse, die bei künftigen Verfahren internationaler Gerichtsbarkeit zweifellos bedeutsam sein werden.

Liebe Mitstreitende

Von Seiten der deutschen Bundesregierung hören wir – verstärkt durch die sie fast unisono hofierenden Medien – Gebetsmühlen-artig immer wieder die Mahnung:

„Der Bevölkerung von Gaza droht eine Hungerkatastrophe“.

Zur Erklärung schiebt dann der eine oder andere Minister im Interview gerne – ohne Angabe jeglicher Informationsquelle – hinterher:

„In Gaza droht eine Hungerkatastrophe, weil die radikal islamistische Hamas dem Volk die Lieferungen humanitärer Hilfe weg raubt“.

Dabei weiß doch alle Welt – buchstäblich *alle* Welt (!) –, dass Israel jede humanitäre Unterstützung der Bevölkerung von Gaza, vor allem Lieferungen von Lebensmitteln, Wasser, Treibstoff und selbst Medikamenten seit Beginn des Genozid an allen Grenzübergängen permanent blockiert hat.

In Gaza wird die Zivilbevölkerung seit zwei Jahren *systematisch*, ich sage, *kaltblütig systematisch(!)* *ausgehungert* und *ausgedurstet*!

„Ausgehungern“ und „*ausdursten*“ – zwei Verben, die bis zum 7. Oktober 2023 im deutschen Sprachgebrauch kaum vorkamen. Zusammen mit dem noch *nie* da gewesenen Ausdruck, „Gaza-Genozid“, werden sie sich inzwischen in die Geschichtsbücher und für alle Zukunft auch in den Duden eingeschrieben haben.

„Gaza Genozid“ - was das ist?

Der von Israel weltweit öffentlich angekündigte, vor den Augen aller Welt verübte Völkermord an der gesamten Bevölkerung des – auch „Gaza-Streifen“ genannten – kleinen Landstücks, das seit 19 (!) Jahren militärisch zu Wasser, zu Land und von der Luft rundum militärisch belagert und vollständig bewacht ist. Ein haltloser Vernichtungs- und Zerstörung-Feldzug der israelischen Besatzungsarmee gegen ca. 2,3 Millionen Menschen, die - so lauten von Anbeginn die wiederkehrenden Ansagen der Kriegsminister - durch Aushungern und Ausdursten zusätzlich geschwächt und ja, auch solche Ansagen vernehmen wir von Seiten der in Jerusalem Regierenden, mehrheitlich am besten *vernichtet* werden sollen.

Bereits am 9. Oktober erklärte Yoav Galant, damals Kriegsminister Israels, der Hamas den Krieg wie folgt: – ich zitiere den bis heute auf der Website der Knesset nach wie vor abrufbaren Kanal 99:

„Wir belagern Gaza-Stadt. Es gibt keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, keinen Treibstoff. Alles ist gesperrt.

Wir bekämpfen menschliche Tiere, und wir werden entsprechend handeln.“

Und einen Tag später am 10. Oktober:

„Gaza wird nicht zu dem zurückkehren, was es einmal war.

Hamas wird nicht existieren. Wir werden alles eliminieren.

Es wird einige Zeit dauern.

Wir werden aber alle Orte erreichen.

Wir verstehen, dass die Hamas die Situation ändern wollte.

Die Situation wird sich ändern!  
Noch einmal um 180 Grad zurück. Sie werden diesen Moment bereuen. ...."

Und schließlich zur Ertüchtigung der Truppe im Hinblick auf die für Ende Oktober von der Netanyahu-Regierung avisierte Bodenoffensive in Gaza-Stadt:

"Wir kämpfen gegen ISIS-Tiere in Gaza.  
Ich habe alle Bremsen frei geschaltet.  
Alles soll freigeschaltet und in Aktion gesetzt werden. /.../  
Gaza wird um 200 Jahre zurück gebombt.  
Das heutige Gaza wird morgen nicht wiederzuerkennen sein. "

\*\*\*

Zwei Monate später reichte Südafrika im Dezember 2023 beim Internationalen Gerichtshof (IGH) Klage gegen Israel ein, wegen Verstöße wider die Völkermord-Konvention.

Das Gericht nahm die Klage an.

Nach ausgiebiger, welt-öffentlicher Anhörung internationaler Rechtsgelehrten und -experten ordnete der IGH mit Beschluss vom Ende Januar 2024, vorläufige Maßnahmen an, um Handlungen zu verhindern, die als völkermörderisch anzusehen seien.

Israel wurde *verpflichtet* sie umzusetzen.

Nun ist aber sattem bekannt, dass Israel seit eh und je Rechtsurteile, zumal der Vereinten Nationen oder internationaler Gerichtsbarkeit in den Wind schlägt. Das wird aber im Hauptverfahren, das beim IGH nach wie vor anhängig ist, zu verhandeln sein.

Ein gutes Jahr nach Galants Ankündigung der Totalzerstörung Gazas und Vernichtung seiner Bevölkerung, erließ schließlich der Internationale Straf-Gerichtshof (IstGH) am 21. November 2024 zwei Haftbefehle:

- Einen gegen eben diesen Völkermordsminister Israels sowie
- den zweiten gegen dessen Vorgesetzten, Premierminister Netanyahu.

Sie werden beide - ich zitiere:

"... für das Kriegsverbrechen des *Aushungerns* als Methode der Kriegsführung sowie für *die Verbrechen gegen die Menschlichkeit* in Form von Mord, Verfolgung und anderen unmenschlichen Taten in Gaza seit 2023"

verantwortlich gemacht.

Das Gründungsdokument des IstGH, das "Statut von Rom", *verpflichtet* die 125 Signatarstaaten – darunter Deutschland sowie alle EU-Staaten, Großbritannien u. a. m. – Netanyahu und Galant *zu verhaften*, sobald ihr jeweiliges Hoheitsgebiet von einem der beiden betreten wird.

Friedrich Merz wusste, damals längst noch nicht Kanzler, gleich nach Bekanntwerden der Haftbefehle vollmundig zu verkünden, er werde als Kanzler

„/.../ alles tun, um eine entsprechende Vollstreckung dieses Spruchs des Internationalen Strafgerichtshofs abzuwenden“.

Ein Vierteljahr später stellte er am Wahlabend des 23. Februar d. J.– gerade eben Kanzler geworden – Netanyahu *telefonisch* Einladung nach Deutschland in Aussicht und sagte ihm „Mittel und Wege“ zu, "Deutschland besuchen *und ohne Festnahme* wieder verlassen zu können“.

Ein Verstoß gegen das Statut von Rom, ein Hohn auf das Internationale Recht und nicht zuletzt auch auf die so oft und gern besungene Gewaltenteilung in Deutschland.

Ein "Rechtsbruch mit Ansage" lesen wir kurz und knapp das ernüchterte Urteil auf dem kritischen "Verfassungsblog" hiesiger und internationaler Rechtsgelehrter.

*Zwei Monate nach* seiner Wahl erklärte der Bundeskanzler am 26. Mai d. J. mit Blick auf israelische Militärangriffe, bei denen ein Kinderheim getroffen worden war, vor laufender Kamera beim WDR Europaforum in Berlin seiner Wählerschaft, – Zitat –, er "verstehe offen gestanden nicht mehr, mit welchem Ziel" Israel vorgehe. Im selben Atemzug war es ihm aber auch wichtig zu versichern, dass Deutschland und Israel nach wie vor in engem Austausch miteinander stünden und just noch in derselben Woche ein Telefonat mit Netanyahu geplant sei.

Dieser wird dem Bundeskanzler gern geholfen haben, "zu verstehen", indem er ihm bereitwillig erklärt haben wird, was er seit Jahr und Tag vor aller Welt kundtut<sup>1</sup>.

Es gehe ihm und allen seinen Vorgängern seit 1948 um "Great Israel": Vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer und von Libanon bis nach Gaza.

Und zu eben diesem Zweck, werden deutsche Waffenlieferungen und Finanzhilfen benötigt.

Deutschland war zu diesem Zeitpunkt und also seit anderthalb Jahren Gaza-Genozid, mit 35% (!) der von Israel für den horrenden Vernichtungs- und Zerstörungsfeldzug benötigten Waffensysteme und Munition zweitstärkster Lieferant nach den USA mit 60%.

Genau so wurde es sowohl von der ehemaligen Ampel-Regierung unter Bundeskanzler Scholz als auch von Rot-Schwarz unter Friedrich Merz stets *gewollt* und immer wieder neu *beschlossen*.

Wiederum ein Viertel Jahr später vernahm die Republik am 8. August d. J. und also vor ziemlich genau zwei Monaten erstaunt die Ankündigung der Bundesregierung zur Kenntnis, vorerst keine *neuen* Genehmigungen für Ausfuhren von Rüstungsgütern zu erteilen, sofern diese im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Die Entscheidung sei eine Reaktion auf den Beschluss der Netanjahu-Regierung, der Armee zu befehlen, ganz Gaza-Stadt einzunehmen.

Der Kanzler hieße nicht Friedrich Merz und wäre nicht der folgsame Mitläufer der Trumps und Netanyahu dieser Welt, wenn er es versäumt hätte, in seiner Mitteilung vom 8. 8. abermals das Recht Israels zu beschwören, sich "gegen den Terror der Hamas zu verteidigen" und so, als läge irgend etwas von der Entscheidung über die Zukunft von Gaza in seiner Befugnis, zu betonen, dass "/.../ die Hamas in der Zukunft von Gaza keine Rolle spielen /.../" dürfe.

Zu dem Zeitpunkt war die Zahl der Toten in Gaza bereits auf über 60.000 - darunter 18.000 Minderjährige<sup>2</sup> - und die der Verletzten auf über 150.000 gestiegen<sup>3</sup>.

Gleichwohl versäumte die Bundesregierung nicht, in derselben Erklärung des 8.8. unumwunden zu betonen, dass anders als Neugenehmigung von Kriegszeug, das in Gaza eingesetzt werden können, erstens bestehende Genehmigungen weiter zu erfüllen und zweitens Neugenehmigungen für alle Waffen weiter zu erteilen sind, die nicht für den Einsatz im Gazastreifen bestimmt sind.

Dass es sich dabei um militärische Rüstungssysteme und Munition handeln konnte, die gleichwohl zur Tötung von Zivilisten\*innen etwa in der Westbank und mithin in der gesamten Region beitragen könnten, war nicht näher in Betracht gezogen worden.

Auch vermochten weder Kanzler noch die zuständigen Minister seines Kabinetts näher zu erläutern, wie Deutschland kontrollieren wolle, wo und wie die aus Deutschland weiterhin gelieferten Waffen und Munition von der israelischen Besatzungsarmee eingesetzt werden.

Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland speisen und befeuern mit 95% der von der Besatzungsmacht Israel zusätzlich zur eigenen Militärausrüstung zwecks Zerstörung von Gaza und mörderischen Dezimierung der dort gefangen gehaltenen Zivilbevölkerung, geforderten

<sup>1</sup> Etwa nur einen Monat zuvor am 27.04.2025 vor dem "Jewish News Syndicate" (JNS) jenem Mediendienst der in den USA english-sprachige Nachrichten und Meinungen zu Israel-relevanten Themen propagiert: <https://www.youtube.com/live/IMtUpYQueAY?si=SQ98gfQIAAQ7iDMP>

<sup>2</sup> <https://taz.de/Untersuchung-des-Gaza-Kriegs-/!6110581/>

<sup>3</sup> <https://taz.de/Wieviele-Tote-gibt-es-in-Gaza-/!6102994/>

Kriegsgerät und Munition! Abgesehen von maßgeblicher wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Unterstützung.

Ein entschiedenes Rüstungsembargo Deutschlands sowie geeignete Beschlüsse zu Wirtschaftssanktionen hätten ein starkes Gewicht auch in Brüssel. Könnten dem Genozid wohl ein Ende setzen.

Für die längste Zeit der horrenden Übergriffe der Besatzungsarmee Israels war davon keine Rede. Im Gegenteil! Sowohl in der ehemaligen Ampel- als auch aus der aktuellen Regierung vernahmen wir allzu oft Kanzler- und Ministerstimmen, die geradezu damit prahlten, alles erdenkliche an Kriegsmaterial für Israels Armee zu mobilisieren.

Dass es im August schließlich überhaupt zu Beschränkungen der Neugenehmigungen kam ist mehr der veränderten Haltung der bundesdeutschen Bevölkerung zu verdanken. Keinesfalls dürfen die vom Kanzler in allen Medien höchstpathetisch vorgebrachten moralischen Begründungen als Anzeichen einer beginnenden Abkehr von der Komplizenschaft Deutschlands am Gaza-Genozid gedeutet werden!

Wir erinnern uns, Umfrageergebnisse hatten zutage gefördert, dass über 60% der Bevölkerung, darunter natürlich auch CDU- und SPD-Wählerschaften, sich dezidiert *gegen* die Fortsetzung jeglicher Waffenexporte nach Israel aussprachen. Inzwischen sind es wohl über 70% der Wähler\_innen!

Die Palästina-solidarische Protestbewegung wuchs im ersten Halbjahr 2025 rasant an. Bereits im Juni d. J. zeigten mehrere Zehntausend auf den Straßen Berlins Gesicht. Vor zehn Tagen, am 27. September waren wir ca. 100.000 Bürger und Bürgerinnen, die auf den Straßen der Hauptstadt lautstark gegen die bundesdeutsche Komplizenschaft an dem horrenden Gaza-Genozid protestierten.

Dieser in Deutschland spätestens Anfang August voraussehbaren Entwicklung, sollte mit dem halbherzigen Genehmigungsstopp für bestimmte Waffenexporte nach Israel, der Wind aus den Segeln genommen werden.

Dass es schlechterdings nie darum ging, die Unterstützung Israel im Angesicht des horrenden Gaza-Genozids, der nach wie vor mit regelmäßigen weltöffentlichen Ansagen der nationalistisch-militaristisch faschistischen Regierung mit brutaler Gewalt auf dem schon längst vollends zerstörten Lebensraum der zermarterten Bevölkerung von Gaza auch nur in Frage, geschweige denn einzustellen, machen die Meldungen deutlich, die um den 1. Oktober herum und inzwischen von allen Medien publiziert wurden, klar. Sie betreffen die Antworten der Bundesregierung auf zwei Anfragen der Fraktion "die Linke" im September, die die Waffenexporte zum Thema haben.

Gemäß Antwort der Bundesregierung auf eine erste Anfrage der Linksfraktion in der dritten Septemberwoche d. J. sollen die Genehmigung für Exporte nach Israel genau viereinhalb Wochen, vom 8. August bis zum 12. September auf Null gesunken sein. In dieser kleinen Zeitspanne sollen gar keine Ausfuhrerlaubnisse für Rüstungsgüter nach Israel erteilt worden sein<sup>4</sup>.

Die aktuelle Antwort vom 29. September d. J. betrifft Genehmigungen im Zeitraum vom 13. bis 22. September. Demnach betrug der Wert für diesen kurzen Zeitraum 2,46 Millionen Euro.

Um welche Art von Rüstungsgütern es sich genau handelt, bleibt offen. In der Antwort des Ministeriums sind zwar acht Kategorien von Rüstungsgütern genannt, zu denen auch Raketen und Torpedos, Kriegsschiffe und Marine-Ausrüstung gehören.

Da es sich nicht um Kriegswaffen handelt und der Wert eher gering ist, vermuten die Berichterstatter in Medien und Politik, dass es eher um Zubehör oder Ausrüstung gehen. Zum Vergleich: Vom 1. Januar bis zum 8. August 2025 wurden Exporterlaubnisse im Wert von gut 250 Millionen Euro für Israel erteilt.

---

<sup>4</sup><https://dserver.bundestag.de/btd/21/019/2101958.pdf>

Ein schwacher Trost im Angesicht der horrenden Zerstörungs- und Vernichtungswut der israelischen Besatzungsarmee im Gaza-Streifen und ebenfalls horrend in der Westbank.

Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten:

Am 19. September wurde auf einer Presskonferenz des deutschen Anwaltskollektivs des „European Legal Support Center“ ein Strafantrag bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe gegen *elf hochrangige Beamt\*innen der ehemaligen und aktuellen deutschen Regierung*, sowie gegen *Geschäftsführer\*innen und Vorstandsvorsitzenden von Rüstungsfirmen* eingereicht, die alle in der einen oder anderen Weise an Waffenlieferungen nach Israel beteiligt sind. Darunter der ehemalige Bundeskanzler Scholz, mit seiner Außenministerin Baerbock und dem für Wirtschaft und Klimaschutz zuständigen Habeck, Bundeskanzler Merz, Außenminister Wadephul, die Ministerin für Wirtschaft und Energie Reiche und, Verteidigungsminister Pistorius.

Die beschuldigten „Regierungsbeamt\*innen haben den Kriegswaffen- und sonstigen Rüstungsexporten zugestimmt und damit die Ausfuhr der Waffen von Deutschland nach Israel in voller Kenntnis der Tatsache genehmigt, dass die Waffen Verbrechen gegen das palästinensische Volk ermöglichen“. Sie können nicht behaupten, sie hätten „nichts davon gewusst“. „Vertreter der deutschen Regierung“, sagte Rechtsanwältin Samour, hätten sogar „... offen mit ihrer bedingungslosen uneingeschränkten Unterstützung für Israel geprahlt!“

Damit habe Deutschland sich der Kollaboration mit der Regierung Israels und der Komplizenschaft an dem von dieser begangenen Völkermord *schuldig gemacht*.

Der Generalbundesanwalt sei „nach dem Legalitätsprinzip *verpflichtet*, Ermittlungen gegen die Beschuldigten einzuleiten“, fügte Rechtsanwalt Düsberg hinzu:

„Würde er trotz der überwältigenden Beweislage die Aufnahme von Ermittlungen ablehnen, würde dies einen schweren Verstoß gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit darstellen. Denn, wenn das Völkerstrafrecht glaubwürdig sein soll, ist es gerade auch auf Regierungspolitiker\*innen im eigenen Land anzuwenden.“

Ich komme zum Schluss:

Das Trauma von Gaza, die tiefe Verletzungen der Menschlichkeit, die allein die Bewohner und Bewohnerinnen von Gaza seit nunmehr 332 Tagen Stund um Stund, buchstäblich ohne Unterlass, an dem eigenen Körper und der eigenen Seele zu erleiden gezwungen ist, erweist sich gleichsam als brennende Verwundung der Menschheit.

Eine tiefe Verwundungen, deren Narben für alle Zukunft bleiben werden.

Und doch dürfen wir uns hier und heute, nicht damit befassen, den eigenen Schmerz zu beklagen und auch nicht darin verharren die Trauer, die kochende Wut oder demütigende Ohnmacht zu bejammern.

Alle Aufmerksamkeit *muss auf Palästina* gerichtet sein. Alle Energien bis auf Weiteres für das wichtige Ziel verausgabt werden, dem Gaza-Genozid unwiderruflich ein Ende zu setzen.

Zwar sehen wir gewaltige Demonstrationen auch in Israel und hören bisweilen, es protestiere insgesamt eine halbe Million Israelis, - etwa 10% der erwachsenen Bevölkerung dort - auf den Straßen Tel Avivs sichtbar gegen die Netanyahu-Regierung. Den meisten geht es um die Befreiung der noch in Gaza verbliebenen, lebenden und verstorbenen *israelischen* Geiseln.

Die durch Dauerbombardement, durch wiederkehrende Vertreibungen von Hölle zu Hölle, Hunger, Durst, Tot, Verletzung und Trauer - untröstliche Trauer - gepeinigte Zivilbevölkerung von Gaza interessieren die großen Massen der Proteste gegen die Netanyahu-Regierung in Israel ausdrücklich nicht.

Schon gar nicht die Tausenden Geiseln aus dem besetzten Gaza und der Westbank, darunter auch mehrere Hundert Minderjährige, die in den Foltergefängnissen Israels ohne Verurteilung einsitzen.

Wenn es 100.000 sind, die gemeinsam mit israelischen Palästinenser\_innen für die Selbstbestimmung Palästinas, gegen die Besatzung allgemein sowie vor allem gegen den Völkermord in Gaza aufstehen – und das wäre sehr hoch geschätzt –, machten sie ca. 2% der erwachsenen israelischen Bevölkerung aus.

Der Druck von Innen wird demnach nicht genügen, um eine politische Wende herbeizuführen. Er muss von Außen kommen! Am besten von den mächtigen Freunden Israels, wie die USA, Großbritannien, Deutschland u. a. m..

Gerade diese Staaten des globalen Nordens haben sich für einen engen, nicht hinterfragbare Schulterschluss mit den Verbrechern der Regierung Israels entschieden. Von ihnen ist daher nichts zu erwarten.

Deshalb kommt es *auf uns Bürger und Bürgerinnen* an, auf *unseren* Druck von der Straße, von den Häfen, Betrieben und Büros, von den Konzert- und Theatersälen:

- Israels Zerstörungs- und Vernichtungskurs in Gaza und auch in der besetzten Westbank muss mit internationaler Kraft Einhalt geboten und
- seine Regierung endlich zur Raison gebracht werden!
- Die völkerrechtlich illegale israelische Besatzung der Westbank einschließlich Ost-Jerusalems,
- die gegen jedes humanitäre und internationale Recht verstoßende Belagerung von Gaza müssen sofort beendet und gleichsam abgestraft werden!
- Deutschland, die EU-Mitgliedsstaaten und die Vereinten Nationen insgesamt müssen endlich Sanktionen gegen Israel einleiten!
- Denn Israel *muss für seine Vergehen gegen das palästinensische Volk vor den Gerichten des Internationalen Rechts*
- Rechenschaft ablegen,
- bestraft werden,
- und also auch sühnen!

Angesichts der unbestreitbaren Unterstützung der genozidalen Kriegsführung Israels in Gaza mit Waffenlieferungen aus Deutschland seit zwei Jahren bis dato, müssen auch die dafür Verantwortlich in den Bundesregierungen Rechenschaft ablegen!

Es sei daran erinnert, dass die Klage Nicaraguas gegen Deutschland im Internationalen Gerichtshof noch nicht verhandelt und also anhängig ist.

Wie Israel wird auch

- *die Bundesrepublik Deutschland*, ob ihrer *Komplizenschaft mit Israel*
  - bei dem nun seit zwei Jahren andauernden Gaza-Genozid,
  - bei der militärisch mit deutschem Rüstzeug abgesicherten totalen Rundum-Belagerung des Landstücks, sowie
  - bei der Aushungerung und Ausdurstung der Zivilbevölkerung durch Annullierung der Verträge als der einzigen logistisch zu deren Versorgung in dieser ausweglosen Hölle befähigten UNRWA:
    - Rechenschaft ablegen,
    - abgestraft werden
    - und sühnen müssen!

Ich danke für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.